



VAdM-Kurier

61. Ausgabe: Dezember 2024

Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur
61. Ausgabe unseres
„VAdM-Kuriers“
Dezember 2024

Inhalt:

editorial	Seite	1
Aktualität	Seite	2
Kritik am EU-Mercosur Abkommen	Seite	2
Geschichte kontrovers	Seite	3
Die Beneš-Dekrete (Teil 4): Beneš und der tschechoslowakisch-sowjetische Pakt von 1943	Seite	3
Deutsche Minderheiten	Seite	6
Förderung der dt. Sprache weltweit	Seite	6
Demonstr. für Förderung Regionalsprachen	Seite	6
Erinnern	Seite	7
Kriegsursachen 1914 (Teil 4): Die erste Marokkokrise 1905	Seite	7
Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nordsiebenbürgen (Teil 2)	Seite	8
Temeswar Vorgeschichte 1989 Teil 2	Seite	11
„Der Sudetendeutsche“ zu Bukowina	Seite	13
Buchempfehlung	Seite	14
Bücher, die niemand braucht	Seite	14
Weihnachten damals/Impressum	Seite	15

Wir wünschen unseren Freunden und Mitgliedern eine gesegnete, besinnliche und ruhige Weihnacht und im Neuen Jahr 2025 viel Wohlergehen, Gesundheit und Frieden

editorial

Am 16. Dezember hat Bundeskanzler Olav Scholz im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt, eigentlich ein Polittheater, um die Wähler zur Urne zu bitten. Voraussichtlich wird es im Februar 2025 eine Bundestagswahl geben. Die Parteien sind alle schon im Wahlkampfmodus und versprechen, vor allem der seit etwa fast zwei Jahren schwächelnden deutschen Wirtschaft unter die Arme zu greifen.

Die Ursachen der derzeitigen Wirtschaftskrise sind vielfältig: Eine mit unzähligen Fußfesseln behaftete Transformationspolitik, eine Energiekrise, gestörte Lieferketten und ein immer härter werdender internationaler Wettbewerb setzen den deutschen Unternehmen zu. Die EU versucht es mit dem weiteren Ausbau ihrer Freihandelspolitik: Von dem Mercosur-Abkommen erhofft man sich ein wirtschaftliches Wunder.

Der Nahe Osten kommt nicht zur Ruhe: Nachdem es zu einem Waffenstillstand zwischen Israel und der Hisbollah gekommen ist, ist das syrische Assad-Regime mit Hilfe der Türkei von islamistischen Aufständischen gestürzt worden: Die Verlierer sind die Aleviten, die Kurden und sonstige religiöse Minderheiten.

Martina Kempf

Herbert Karl



Christkind im Walde

Christkind kam in den Winterwald,
der Schnee war weiß, der Schnee war kalt.

Doch als das heil'ge Kind erschien,
fing's an, im Winterwald zu blühen.

Christkindlein trat zum Apfelbaum,
erweckt ihn aus dem Wintertraum.

"Schenk Äpfel süß, schenk Äpfel zart,
schenk Äpfel mir von aller Art!"

Der Apfelbaum, er rüttelt sich,
der Apfelbaum, er schüttelt sich.
Da regnet's Äpfel ringsumher;
Christkindlein's Taschen wurden schwer.

Die süßen Früchte alle nahm's,
und so zu den Menschen kam's.
Nun, holde Mäulchen, kommt, verzehrt,
was euch Christkindlein hat beschert!

Ernst von Wildenbruch (1845 – 1909):
Diplomat und Schriftsteller

Kritik am EU-Mercosur-Abkommen

Bedrohung für Klima und Menschenrechte

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

warnet vor den gravierenden wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen, die durch das EU-Mercosur-Abkommen drohen und fordert einen Stopp der Verhandlungen.

„Für indigene Gemeinschaften in Südamerika, deren Territorien oft die Grundlage für Rohstoffabbau und Agrarwirtschaft sind, ist das EU-Mercosur-Abkommen eine Bedrohung ihrer Lebensgrundlage. Das Abkommen fördert Landnahme, Umweltzerstörung und die Verletzung indigener Rechte. Es ist der Inbegriff einer Politik, die Klimaschutz und Menschenrechte gegeneinander ausspielt“, kritisiert Jan Königshausen, Referent für Indigene Völker bei der GfbV.



Auf dem aktuell in Uruguay stattfindenden Mercosur-Gipfel könnten die Verhandlungen zum umstrittenen Freihandelsabkommen nach 25 Jahren abgeschlossen werden. Während die EU-Kommission sich bedeckt hält, verdichten sich die Anzeichen, daß Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vor Ort die Einigung verkünden könnte. Von der Leyen ist am Donnerstag in Lateinamerika angekommen und kündigte über ihre Social-Media-Kanäle an, daß die Ziellinie für das Abkommen in Sicht sei. „Es wäre die Zementierung und Verschärfung einer Handelspolitik zwischen der EU und den südamerikanischen Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay, die auf postkolonialen Strukturen, der Ausbeutung der lokalen Bevölkerungen und der Zerstörung wichtiger Ökosysteme sowie in der Folge des Weltklimas steht“, sagt Königshausen.

Das EU-Mercosur-Abkommen steht seit Jahren in der Kritik. Auch in Europa wächst der Widerstand: Frankreich, Polen, Italien, Irland und die Niederlande haben ihre Skepsis öffentlich gemacht. Über 400 zivilgesellschaftliche Organisationen, Gewerkschaften und Verbände, darunter die Gesellschaft für bedrohte Völker und der europäische Gewerkschaftsdachverband ETUC, haben in einer [gemeinsamen Erklärung](#) vor den Konsequenzen gewarnt. Der europäische Verbraucherverband BEUC und Copa-Cogeca, der Verband europäischer Bauern, befürchten zudem massive Nachteile für Landwirte und Konsumenten.

„Die EU darf sich nicht hinter wirtschaftlichen Interessen verstecken und muß endlich klare Standards für Handelsabkommen setzen, die die Menschenrechte weltweit achten und zum Wohl aller sorgen. Das Mercosur-Abkommen darf nicht ratifiziert werden, solange die Rechte Indigener Völker, der Klimaschutz und soziale Standards nicht weltweit garantiert sind“, fordert Jan Königshausen. „Diese Verhandlungen müssen stoppen, solange indigene Vertreter nicht ebenbürtig mit am Verhandlungstisch sitzen.“

Grafik: Mitgliedstaaten des Mercosur: grün Vollmitglieder (Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay); rot suspendierte Mitglieder (Venezuela); blau Beitrittskandidaten (Bolivien)

Heraldry

05.12.2024

Quelle: <https://www.gfbv.de/de/news/kritik-am-eu-mercotur-abkommen-11528/>

Geschichte kontrovers

Die Beneš–Dekrete: Beneš und der tschechoslowakisch-sowjetische Pakt von 1943

Teil 4

Am 12. Dezember 1943 wurde in Moskau der tschechoslowakisch-sowjetische Bündnisvertrag unterzeichnet; unterschrieben hat von tschechoslowakischer Seite der Präsident der tschechoslowakischen Exilregierung mit Sitz in London Eduard Beneš. Vertragsgegenstand war die gegenseitige Hilfe und die beiderseitige Zusammenarbeit: Der Pakt bewirkte die spätere Ostorientierung der Tschechei sowie die Festsetzung der Sowjetunion in Mitteleuropa.

Der US-Präsident, Franklin D. Roosevelt, hatte bereits in einem Gespräch mit Beneš Monate vorher diesem die Zusage zur Vertreibung der Deutschen gegeben. Im neuen Bündnisvertrag sicherte die UdSSR Beneš die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in ihren alten Grenzen zu, was allerdings Stalin nicht hinderte, sich später die Karpatenukraine einzuverleiben.

Der Pakt aus 1943 war nicht der erste dieser Art zwischen den beiden Ländern; der erste stand im Zusammenhang mit der Neuorientierung der französischen Politik: Man ging wie weiland in den 1890er zu einer Einbeziehung der Sowjets in ein Bündnisssystem gegen das Deutsche Reich aus: Am 2. Mai 1935 wurde in Paris der französisch-sowjetische Beistandspakt unterschrieben, unmittelbar darauf, am 16. Mai 1935, wurde der tschechoslowakisch-sowjetische Bündnisvertrag unterzeichnet.

Beneš verfolgte mit dem neuen Pakt zwei Ziele:

„Die Zweifel, durch die Beneš bis zu seinem Lebensende gequält wurde, ob er im September 1938 wirklich den besten Ausweg für seinen Staat gewählt habe, wuchsen zu einem psychischen und moralischen Komplex heran, der sein ganzes weiteres politisches Vorgehen bestimmte. Hier sind die Wurzel seiner Überzeugung zu suchen, daß die Wiederholung der Situation vom September 1938 nur durch eine Verbesserung der geopolitischen Lage der Tschechoslowakei zu vermeiden sei“ (Pfaff).

Zudem war er davon überzeugt, daß die Nachkriegszeit durch das Vordringen der Sowjets nach Mitteleuropa gekennzeichnet sein werde. Offensichtlich wollte er nach der deutschen Niederlage bei Stalingrad und dem Scheitern der deutschen Operation „Zitadelle“ bei Kursk dem sowjetischen Eingreifen in die innere Struktur der Nachkriegtschechoslowakei vorgreifen und die Ausschaltung der bürgerlichen Emigration – wie in Polen und in Jugoslawien – seinerzeit vermeiden.

Noch im März 1943 stellte Beneš über den sowjetischen Gesandten bei der tschechoslowakischen Regierung in London, Alexej J. Bogomolow, die Frage:

„Wäre die Sowjetunion bereit, mit der Tschechoslowakei und Polen ein dreiseitiges Bündnis nach dem Vorbild des anglo-sowjetischen Paktes von 1942 abzuschließen, das die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Signatarstaaten gewährleisten würde?“ (Pfaff).

Die Antwort Moskaus: Die Sowjetunion wäre bereit, einen Pakt wie den 1942 abgeschlossenen anglo-sowjetischen vor Kriegsende abzuschließen, Beneš *selbst* solle einen Text entwerfen. Bezüglich einer Einbeziehung Polens verwiesen die Sowjets auf das getrübte Verhältnis zur polnischen Exilregierung: Nach der Aufdeckung der Opfer von Katyn 1942 kappten die Polen die diplomatische Beziehung zur Sowjetunion. Zudem enthielt die russische Antwort *keinen* Hinweis auf die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten.

Die Begegnung vom 14. Mai 1943 mit Roosevelt, der Beneš sein volles Einverständnis zu dem vorgeschlagenen Vertragswerk gab, bestärkte ihn in seinem Vorgehen: Hat er die Rooseveltsche Perfidie nicht erkannt oder diese übersehen? Die Briten hingegen, wie immer sehr skeptisch und abwartend, empfahlen ihm, den Vertragsabschluß *auf* das Kriegsende zu verschieben: Einerseits befürchteten sie die Isolierung Polens, sie sahen den vorgesehenen Pakt

„auch als ein gefährliches Präjudiz für die Eingliederung anderer Staaten Ostmitteleuropas in die künftige Einflußsphäre der Sowjetunion mittels ähnlicher Bündnisverträge“ (Pfaff).

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Der britische Außenminister; Sir Robert Anthony Eden, teilte Beneš am 24. Juni mit, England werde dem Pakt widersprechen, „weil er die Position der Polen erschwere.“ Am 1. Juli legte Eden ein Protokoll der britisch-sowjetischen Verhandlungen vor, „in dem festgeschrieben war, beide Mächte würden vor Kriegsende, keine Verträge mit kleinen Völkern abschließen.“

Diesen Bescheid teilte Beneš Bogomolow mit; bereits am 7. Juli lag die Antwort aus Moskau vor:

„Die Sowjets behaupteten wahrheitswidrig, es sei nicht zum verbindlichen Abkommen mit England gekommen und sie fühlten sich von derartigen Gesprächen nicht gebunden. Beneš solle seine Moskau-Reise verschieben, falls der Vertrag bei seinem Besuch nicht abgeschlossen würde“ (Pfaff).

Einerseits wollte Beneš mit den Russen gute Beziehungen pflegen, war aber offensichtlich nicht bereit, die englische Freundschaft zu überstrapazieren; er wies Bogomolows Drängen ab und meinte, Briten und Sowjets sollten sich vorher einigen. Als die Briten weiterhin hart blieben, schlug Beneš vor, einen britisch-tschechoslowakischen Bündnis-pakt zu schließen; auch dabei stieß er auf taube Ohren.

In einer ausführlichen Depesche (22. Juni 1943) an Moskau zeigte er sich gesprächsbereit, erwähnte aber den Pakt nicht. Der frühere nun veränderte Vertragsentwurf Beneš' wurde ihm von den Sowjets Anfang Oktober zugestellt. Darin wurde der Passus „»volle internationale« Souveränität“ von den Russen gestrichen, zudem wurde Beneš'

„Begriff »Deutschland und seine heutigen Alliierten« durch »Deutschland und jedwedem Land, das mit ihm verbunden wäre« ersetzt – das betraf dann die Nachkriegsverbindungen Westdeutschlands mit seinen Kriegsgegnern, also auch England, Frankreich und Amerika“ (Pfaff).

Darüber hinaus sollte der Pakt auf 20 Jahre statt auf fünf Jahre ausgelegt werden und nicht durch das tschechoslowakische Nachkriegsparlament ratifiziert werden.

All diese Änderungen akzeptierte Beneš, „um »die Verhandlungen nicht überflüssig in die Länge zu ziehen.«“ Hinzu kam, daß die Exiltschechen Druck auf Beneš ausübten,

„den Vertrag unter Dach und Fach zu bringen, »selbst wenn das zu einem völligen Bruch mit England und Amerika führen sollte« (so Jan Masaryk zu Eden am 8. Oktober 1943)“ (Pfaff).

Masaryks Stellvertreter, Hubert Ripka, veröffentlichte ohne Absprache zudem, daß Beneš den Vertrag unterzeichnen werde.

In seinem Aktionismus betrachtete Beneš die sowjetischen Änderungen als „»nebensächlich«“:

„Die sowjetischen Ergänzung in letzter Minute, die einen besonderen Paragraphen zur Erleichterung des polnischen Beitritts hinzufügte und die Eden als Hauptgrund dafür nannte, daß er seinen Widerstand auf der Moskauer Konferenz der drei Außenminister am 26. Oktober aufgab, bestärkte Beneš in seinem Kurs“ (Pfaff).

Um den Briten entgegenzukommen, erklärte Beneš, er werde Rußland drängen, mit der *polnischen Exilregierung* Kontakt aufzunehmen und er werde sich für eine Konföderation mit Polen einsetzen, was die Briten allerdings bezweifelten, letztendlich hielten sie recht: Dem Tschechen waren die Polen dann nicht mehr so wichtig.

Bild: Beneš bei Stalin: <https://deutsch.radio.cz/klement-gottwald-stalins-ergebener-lehrling-8539630>

Fortsetzung auf S. 5



Fortsetzung von S. 4

Eden versuchte weiter, Beneš von der Moskauerreise abzuhalten; bei der geplanten Konferenz der Außenminister könne dann das Einverständnis aller drei erreicht werden. Trotz seiner Hektik kamen Beneš dann doch Zweifel, den Pakt so hinzunehmen. Zu Smutný, dem Leiter der Präsidialkanzlei meinte er am 16. Oktober:

„Heute weiß ich, daß es den Russen nur darum gegangen ist, mich zu kriegen, und das ist die ganze Unverschämtheit [. . .] Dann müßte ich die Politik nur mit ihnen machen, ich wäre nur auf sie angewiesen. [. . .] Einfach meine Position schwächen und mich ganz zu ihrem Instrument machen. Das ist das niederträchtigste, so mit mir spielen zu wollen“ (Pfaff).



Zwei Tage später meinte er zu dem in Moskau residierenden Zdeněk Fierlinger, sollten sich die Briten und die Sowjets nicht einigen, dann werde er den Pakt *nicht* unterschreiben. In London wurde Beneš informiert, daß Eden in Moskau für eine Verschiebung des Paktes nach Kriegsende eintreten würde. Womit er dann doch nicht rechnete, war die britische Verlogenheit: Eden erklärte dem sowjetischen Außenminister Molotow, „er billige den Vertrag und habe keine Einwände gegen dessen sofortige Unterzeichnung.“ Ergänzend meinte Eden,

„hätte er von vornherein den Vertragstext gekannt, wäre alles anders gewesen; der Amerikaner Cordell Hull schloß sich Eden an“ (Pfaff).

Historiker können über dieses Umfallen der Briten bloß spekulieren, vielleicht bringen die noch verschlossenen angloamerikanischen Archive noch etwas zum Vorschein . . .

Smutnýs Aufzeichnungen der Gespräche Beneš' mit Stalin und Molotow am 14. und 18. Dezember 1943 belegen, daß es Beneš' Absicht war, egal, was es kostete, den Pakt mit den Russen zu unterschreiben:

„»Er wolle die Einstellung der Sowjetregierung [. . .] so kennenlernen, damit die tschechoslowakische Regierung und unsere Diplomaten genaue Anweisungen bekommen könnten, wie sie in grundsätzlichen Fragen immer im Einklang mit den Repräsentanten der Sowjetregierung sprechen und vorgehen sollten. [. . .] In den Fragen der Organisation Mitteleuropas werden wir nichts tun ohne Verbindung mit euch«“ (Pfaff).

Es kann darüber spekuliert werden, ob Beneš den wahren Charakter des Sowjetsystems erkannte. Liberale und konservative Kreise in England und den USA kritisierten den Pakt sehr scharf. Das sowjetische Wirken nach dem Zweiten Weltkrieg ist auch bekannt.

Fazit: Ohne wirkliche Not hat Beneš die Souveränität seines Landes den Sowjets als Morgengabe geopfert. Der tschechoslowakisch-sowjetische Pakt war die Blaupause für die sowjetischen Verträge mit den anderen Oststaaten: Bulgarien, Polen, Rumänien und Ungarn; diese handelten allerdings dann unter dem Besatzungsdruck der Roten Armee.

Bild: *Edvard Beneš (rechts) mit Kalinin (vorne) und Stalin, sowie Marschall der SU Woroschilow bei der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakischen (Exil) Republik 1943; rusyn.sk.*

Quelle: *Ivan Pfaff: Es war ein fatales Bündnis, das Beneš 1943 mit Stalin schloß. Wie es vor fünfzig Jahren zum tschechoslowakisch-sowjetischen Bündnis kam (FAZ, 10. Dezember 1993, S. 12).*

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

2019

Förderung der deutschen Sprache weltweit

Vorschläge, Ansätze und Konzepte

Herausgegeben von: Ulrich Ammon und Gabriele Schmidt

In Zusammenarbeit mit: Birte Kellermeier-Rehbein

<https://doi.org/10.1515/9783110479232>

Über dieses Buch

Im Gegensatz zu schon vorliegenden Bänden geht es in diesem umfassenden, inhaltlich strukturierten Themenband durchgehend um Fördermöglichkeiten von Deutsch als Fremdsprache und Germanistik sowie Möglichkeiten der Stellungstärkung der deutschen Sprache. Dabei wird auch Bezug genommen auf Deutsch als Zweit- und als Muttersprache, soweit es für das jeweilige Thema oder Land relevant ist. Die insgesamt 57 Beiträge sind gegliedert in zwei Teile, von denen sich der erste (30 Beiträge) mit allgemeinen, übergreifenden Fragen befaßt und der zweite mit nationalen und regionalen Besonderheiten. Dabei bilden die Fördermöglichkeiten jeweils die Leitfrage, die so umsichtig und präzise wie möglich beantwortet wird – bei allerdings möglichst klarer und ungeschminkter Darstellung von Unsicherheiten und Unwägbarkeiten. In den nations- oder regionsspezifischen Beiträgen werden die wirtschaftlichen Beziehungen zu den deutschsprachigen Ländern, einschließlich Tourismus, wie auch die konkurrierenden Fremdsprachen und die örtliche Fremdsprachenpolitik in die Analysen einbezogen. Alle Beiträge thematisieren auch, im Rahmen von Mehrsprachigkeitskonzepten, Fragen der Fairneß gegenüber anderen Sprachen, sowohl den konkurrierenden internationalen als auch den nationalen oder subnationalen Sprachen – wobei die Fairneß letztlich die Sprachgemeinschaften (nicht die Sprachen) betrifft. Bei den Förderungsvorschlägen kommen vor allem folgende Möglichkeiten in Betracht: Verstärkung von Beziehungen zu Unternehmen/Hochschulen/Schulen aus den deutschsprachigen Ländern, zu deren politischen Instanzen (Botschaften, Konsulaten) und Förderinstitutionen (z. B. Goethe-Institute, Österreich Institute), Aufzeigen von Beruf- und Bildungschancen, Stärkung von Lern- und Studienmotivation, Verbesserungen curricularer Regelungen und schulischer Verhältnisse, der Bildung von Lehrern und Hochschullehrern sowie der didaktisch-methodischen Qualität von Unterricht und Lehre.

Information zu Autoren / Herausgebern

Ulrich Ammon, Univ. Duisburg-Essen; **Gabriele Schmidt**, Australian National Univ., Canberra

Beitrag unten: Der Westen, Heft 1/2 2024, S. 12

DE GRUYTER

Ulrich Ammon, Gabriele Schmidt (Hrsg.)

FÖRDERUNG DER DEUTSCHEN SPRACHE WELTWEIT

VORSCHLÄGE, ANSÄTZE UND KONZEPTE

DE
G

Demonstration zwecks Förderung der Regionalsprachen

Obwohl am 21. Mai 2021 das nach dem Nationalversammlungsabgeordneten Paul Molac benannte Gesetz, den Schutz der Regionalsprachen betreffend, angenommen worden war, bleibt nach Meinung der Vereinigung „Pour que vivent nos langues“, zu deren Gründungsmitgliedern auch „Eltern Alsace“ gehörte, die Lage der Minderheitensprachen in Frankreich besorgniserregend, weil der Staat für den Unterricht zu wenige Mittel zur Verfügung stellt. Die Tatsache, daß die loi Molac durch den Verfassungsrat (Conseil constitutionnel) überdies

beschnitten worden ist, hat, wie die Vereinigung meint, zur Schädigung der Sprachen und der zugehörigen Kulturen beigetragen.

Um den Regionalsprachen eine rechtliche Stellung zu verschaffen, veranstaltete die Vereinigung am 7. Februar 2024 vor der Nationalversammlung eine Schülerdemonstration. Dadurch sollte eine Fortentwicklung des Artikels 2 der französischen Verfassung, der die französische Sprache als einzige Sprache der Republik festgesetzt hat, erzielt werden. Gleichzeitig wurde

einer Schlettstädter Schülerin, die vor dem Abibac stand, und vier anderen Schülern die Gelegenheit gegeben, mit denjenigen Abgeordneten, die Mitglieder der Studiengruppe „Langues et cultures régionales“ waren, zu sprechen. Die Vertreter des Elsaß in Paris waren von „Eltern Alsace“ ermuntert worden, an der Demonstration teilzunehmen.

Quelle:

www.dna.fr/politique/2024/01/26/manifestation-et-audition-pour-les-langues-regionales

Vor 110 Jahren, genauer am 1. August 1914, begann der Erste Weltkrieg, die Urkatastrophe des alten Europas. Die Ursachen dieses Flächenbrandes sind angesichts der aktuellen globalen Spannungslage offensichtlich in Vergessenheit geraten: In den folgenden Kurier-Ausgaben soll an einige dieser Kriegsursachen erinnert werden.

Die Red.

Kriegsursachen 1914: Die erste Marokkokrise 1905

Teil 4

Théophile Delcassé, der französische Außen- und Kriegsminister, der zu den Architekten der Entente cordiale (franz.: ein „herzliche Einvernehmen“) gehörte, verfolgte eine aus der Revanche für Elsaß-Lothringen geborene antideutsche Politik. Sein Ziel war auch, Rußland in diese Konstellation miteinzubeziehen. Entsprechend wollte er den Russen diese schmackhaft machen, indem er einen diplomatischen Erfolg vorwies. Das Sultanat Marokko, der französischen Republik zugeordnet, sollte als Test der Festigkeit der Entente herhalten.

Im zweiten Geheimartikel der Entente wurde stipuliert, daß England in Ägypten und Frankreich in Marokko nicht beabsichtigen, die Regierungsform und das Gerichtswesen zu verändern; sie behielten sich aber das Recht vor, das System der Gesetzgebung nach dem Vorbild zivilisierter Länder umzuformen (sic!). Zu erwähnen ist, daß der nördliche Teil Marokkos dabei dem spanischen Machtbereich zugeordnet werden sollte. Damit sollte auch Spanien an die Entente angenähert werden.

Anfang 1905 bekam die Regierung des Deutschen Reiches von diesem geheimen Zusatzartikel Kenntnis und beschwerte sich, daß dies einer Annexion Marokkos durch Frankreich gleichkäme und dies ohne eine Konsultation Deutschlands oder einer anderen Großmacht erfolgt sei. Dabei hatte man sich schon 1880 mit den ungeordneten Verhältnissen und der unfähigen Verwaltung des Sultanats in einer Konferenz in Madrid beschäftigt und beschlossen, in dem nordafrikanischen Land ein gemeinsames Protektorat auszuüben.

Das Deutsche Reich und Marokko hatten traditionell gute Beziehungen: Es war kein Geringerer als Bismarck selbst, der die politische und geostrategische Bedeutung des Sultanats erkannte und mit dem Sultan die diplomatischen Beziehungen vertiefte. Wilhelm II., ernannte 1889 den Diplomaten Christian von Tattenbach (1846 – 1910) zum Ministerpräsidenten von Tanger; dieser handelte den deutsch-marokkanischen Handelsvertrag aus, der am 1. Juni 1890 in Fes unterschrieben wurde. Entsprechend dieser Entwicklung prangerte Berlin an, daß beide Vereinbarungen ignoriert und deutsche Interessen, wenn nicht auch das *Völkerrecht*, in provokativer Weise verletzt würden.

Delcassé hatte noch in der Doggerbankaffäre (russische Kriegsschiffe beschossen auf ihrer Fahrt in den Fernen Osten britische Fischer) aus dem Oktober 1904 zwischen Großbritannien und Rußland vermittelt und einen Krieg damit vermieden. Danach fühlte er sich gemüßigt, Marokko für Frankreich zu sichern:

„Deutschland zeigte er dabei die kalte Schulter, kümmerte sich aber angelegentlich um die Interessen anderer Mächte. Sofort reagierte Berlin“ (Meyer, S. 39).

Reichskanzler Bernhard von Bülow und Friedrich von Holsten, die „Graue Eminenz“ des Auswärtigen Amtes, beide seit einiger Zeit bemüht, zwischen Frankreich und Rußland einen Keil zu treiben, sahen die Gelegenheit gekommen, Frankreich eine diplomatische Schlappe zuzufügen. Um die Position des marokkanischen Sultans zu stärken, stattete Wilhelm II. diesem am 31. März 1905 einen propagandistisch begleiteten Besuch in Tanger ab. Das Auswärtige Amt forderte zudem den Rücktritt Delcassés.

Bild: „Le troisième larron“ (der dritte Dieb) König Eduard VII, Kaiser Wilhelm II. und Delcassé schleichen um die Maus Marokko, französische Spottkarte 1905.

Bild: Deutsche Schutzgebiete
Fortsetzung auf S. 8



Fortsetzung von S. 7

Der Monarch selbst, in Ulanenuniform und völlig durchnäßt, schildert die abenteuerliche Anlandung in Tanger:

„Auf einem kleinen Platz stand eine Menge von Spaniern mit Fahnen und großem Geschrei, die nach Aussagen eines begleitenden Sicherheitsbeamten die versammelten spanischen Anarchisten waren. Bei meinem Ritt durch die schmalen Straßen setzte sich das Schreien mit Flintenschüssen der Kabylen fort, begleitet von dem dumpfen Bumm der Militärkapellen. Mein Pferd wurde nervös und unruhig; mehrmals scheute es beim Tücherschwenken der wenig vertrauenerweckend aussehenden Zuschauer. Doch das Wunder geschah, ohne Zwischenfall gelangte ich ins Sultan-schloß“ (Deutsche Schutzgebiete).

Dieser bemerkenswerte Besuch verursachte nicht nur weltweit ein diplomatisches Gewitter, sondern beschäftigte die Medien und vor allem die Karikaturisten. Um eine weitere Eskalation zu vermeiden, wurde im Januar 1906 die Konferenz von Algeiras einberufen: Eine militärische Auseinandersetzung wurde zwar vermieden, aber sie führte, auch wenn Delcassé demissionieren mußte, die *diplomatische Isolation* des Deutschen Reiches vor Augen: Außer Österreich-Ungarn stand *keine* Macht mehr hinter dem Deutschen Reich; auch Italien, Vertragspartner des Dreibundes, fiel von Deutschland ab . . .

Literatur

Henry Cord Meyer: Das Zeitalter des Imperialismus, in: Golo Mann (Hrsg.): Propyläen Weltgeschichte. Eine Universalgeschichte, Frankfurt a. M.; Berlin 1991, S. 25 – 74;

Deutsche Schutzgebiete: <https://deutsche-schutzgebiete.de/wordpress/erste-marokkokrise-1904-1906/>

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nord-siebenbürgen im historischen Kontext

Teil 2

Mit dem sich für sie positiv entwickelndem Kriegsgeschehen machten sich die Alliierten Gedanken über eine Nachkriegsordnung: Während des Besuchs des britischen Außenministers, Sir R. Anthony Eden am 14. April 1943 in Washington schlägt der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt vor, daß Polen Ostpreußen erhalten solle: Die deutsche Bevölkerung soll entsprechend ausgesiedelt werden. Die Sowjets hatten bereits am 16. März 1943 diesem Vorhaben zugestimmt (Bolz, S. 173).

Die allgemeine militärische und politische Lage war auch Thema beim Besuch des Reichsverwesers des Königreichs Ungarn, Nikolaus Horthy von Nagybánya, mit Hitler auf Schloß Kleßheim (16. – 17. März 1943): Die Forderung Hitlers, den ungarischen Außenminister Nikolaus von Kállay, zu entlassen, lehnt Horthy entschieden ab (Bolz, S. 173). Horthy war, nachdem die Entente-mächte 1921 dem Habsburger Karl IV. die Rückkehr auf den ungarischen Thron verweigerten, dessen Vertreter in Budapest.

Am 12. Mai 1943 gibt Roosevelt dem tschechischen Exilpräsidenten, Eduard Beneš (s. auch S. 3), die Zusage zur Vertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechei.

Bei seinem Besuch Mussolinis am 1. Juli 1943 schlägt der rumänische Ministerpräsident Michail Antonescu (mit dem Marschall Ion Antonescu weder verwandt noch verschwägert) vor, mit den Westalliierten Friedensgespräche zu führen: Das rumänische Königreich hätte eine Landung der Westalliierten auf dem Balkan der Besetzung durch die Rote Armee vorgezogen. Drei Wochen später wird Mussolini gestürzt, nachdem die Angloamerikaner in Sizilien erstmals italienisches Gebiet betreten hatten.

Karte: Ungarn 1941–1944, Verwaltungsgebiete (Wikipedia)

Fortsetzung auf S. 9



Fortsetzung von S. 8

Anfang September 1943 laufen geheime Verhandlungen zwischen Ungarn und Großbritannien: Sobald alliierte Truppen ungarisches Reichsgebiet erreichen, soll ein Waffenstillstand vereinbart werden. Auf der anderen Seite wird vom Wehrmachtführungsstab (WFS) am 30. September 1943 ein Plan zur deutschen Besetzung Ungarns ausgearbeitet (Bolz, S. 185).

Nach dem Durchbruch bei Melitopol am 24. Oktober 1943 erreichen die Russen den unteren Dnjepr; die vom Armeeoberkommando angeordnete Räumung der Krim (Unternehmen „Michael“) wird von Hitler angehalten: Durch den weiteren Vormarsch der Russen Richtung Dnjeprmündung am 1./2. November sind die deutsch-rumänischen Einheiten auf der Krim isoliert. Mit Mühe kann die Landenge von Perekop gehalten werden (Bolz, S. 188).

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz (19. bis 30. Oktober 1943) wird die Verurteilung deutscher Kriegsverbrecher und die Abtrennung Ostpreußens vom Reich beschlossen.

Auf der Konferenz von Teheran, vom 28. November bis zum 1. Dezember 1943, wird die Teilung Deutschlands, die Westverschiebung Polens bis an die Oder-Neiße-Linie beschlossen. Stalin fordert zudem 4 Millionen deutscher Männer zum Wiederaufbau der UdSSR. Im Vertrag zwischen der Sowjetunion und der tschechischen Exilregierung unter Beneš vom 12. Dezember wird gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit nach Kriegsende vereinbart.

Im Winterfeldzug erreicht die Rote Armee im Januar 1944 die sowjetisch-polnische Grenze: Unaufhaltsam rücken sie vor: Kriwoj Rog fällt am 22. Februar; hier sollen die aus Südosteuropa deportierten Deutschen ab Januar 1945 in den Eisenerzgrubenschuften müssen.

Bereits seit dem 26. Januar 1944 erarbeitete der WFS einen Plan zur militärischen Besetzung Rumäniens: Unternehmen „Margarete II.“ (Bolz., S. 194.) Nach dem Besuch des Marschalls Ion Antonescu auf Schloß Kleßheim vom 26. bis 28. Februar 1944 und dessen Treuebekundungen, stoppt der Führer diese Pläne.

Durch die am 4. März 1944 beginnende russische Frühjahrsoffensive werden die Achsenkräfte aus der Ukraine gedrängt; nach dem Fall von Nikolajew erreichen die Sowjets den Pruth und haben damit das rumänische Altland in der Nähe von Jassy erreicht. Durch die Eroberung von Czernowitz am 30. März kappen die Russen die Direktverbindung Rumäniens zum Reich über Galizien (S. 199). All' diese erschütternden Nachrichten bekommen die Volksdeutschen, insbesondere von Wehrmachtangehörigen oder durch Mundfunk in Ungarn und Rumänien mit. Die Evakuierung der etwa 130 000 Transnistriendeutschen in den Warthegau erfolgte in organisierten Trecks über Nordsiebenbürgen ab Februar 1944 bis in den Juli hinein. Dies konnte den Deutschen in Ungarn nicht verborgen bleiben.

Am 17. März 1944 führt der ehemalige rumänische Ministerpräsident, Barbu Prinz Stirbey, im Auftrag der Oppositionspolitiker Constantin Brătianu und Dr. Iuliu Maniu und der Mitwisserschaft des Marschalls Verhandlungen in Kairo mit den drei Alliierten. Zwei Tage später stimmt Horthy der *Besetzung Ungarns* durch die Wehrmacht zu. Einen Tag zuvor hatte er unter massiven Druck den Ministerpräsidenten Kállay entlassen, der auch Kontakte, die den deutschen Geheimdiensten nicht verborgen blieben, zu den Alliierten aufgebaut hatte. Er flüchtete in die türkische Gesandtschaft in Budapest (Bolz, S. 200).

Die in Italien stationierten angloamerikanischen Luftflotten eröffnen den Luftkrieg gegen Rumänien und Ungarn: Am 4. April 1944 wird Bukarest und einen Tag später werden die Ölförderanlagen bei Ploiești bombardiert; die USAAF bombardiert auch Ölraffinerien und Hydrierwerke bei Wien, Budapest und in Oberschlesien (Bolz, S. 201).

Am 10. April muß Odessa geräumt werden, die 17. deutsch-rumänische Armee wird auf der Krim isoliert; nach der Überschreitung des Sereths kommt die russische Offensive vor dem Karpatenkamm zum Stehen. In Kairo wird am 10. April 1944 dem rumänischen Unterhändler die „Minimalbedingungen“ der Sowjets übergeben (Bolz, S. 201).

Fortsetzung auf S. 10



Das Siedlungsgebiet der Siebenbürger Sachsen wurde durch diese „endgültige Grenze“ geteilt: Auch wenn der Führer mit dieser Lösung nicht ganz einig ging, die Madjaren hatten bessere Argumente; Ergebnis: Nordsiebenbürgen sowie der Szeklerzipfel fiel an Ungarn, das Hauptsiedlungsgebiet verblieb bei Rumänien (Freund, 1299). Der Wiener Schiedsspruch war die Revision der Pariser Vorortverträge von 1919 zugunsten der Verlierer des Ersten Weltkrieges.

Während das zumeist frankophone rumänische Militär einen Krieg gegen Ungarn forderte, war die mystisch-faschistische Eisernerne Garde, in Absprache mit dem Dritten Reich dagegen: Dem absolutistisch veranlagten König Carol (Karl) II. verblieb nur noch die Wahl, eine Militärdiktatur zuzulassen: Er ernannte am 4. September 1940 Marschall Ion Antonescu zum Ministerpräsidenten mit außerordentlichen Vollmachten.

Bereits zwei Tage später wurde Karl II. von der Eisernen Garde und Antonescu zur Abdankung gezwungen: Mit seiner jahrelangen Affäre mit Magda Lupescu – im Volksmund: *lupioaca*, die „Wölfin“ – hatte er sich bei vielen Bürgern ins politische Ausmanövriert, da half auch seine spätere *Königsdiktatur* nicht mehr weiter. Sein unmündiger Sohn, Michael I. wurde König. Nach Kriegsbeginn nahmen die Spannungen zwischen Michael und Antonescu zu.

Am 29. September 1940 kamen deutsche Truppen, sogenannte „Lehrtruppen“ in das Königreich, u. a. sollten sie die rumänischen Truppen für geplante militärische Operationen ausbilden. Aber auch die Sicherung der *Ölfelder* bei Ploiești hatte man deutscherseits im Blick. Bereits im Krieg mit Serbien dienten Ungarn und Rumänien als Sammlungs- und Aufmarschgebiet für die Wehrmacht.

Auch wenn diese Entwicklung vielen Deutschen in Rumänien Sorgen bereitete, war die große Mehrheit zwischenzeitlich von dem NS-Gedankengut infiziert.

Beim Treffen mit Hitler am 12. und 13. April 1942 hatte Antonescu zugestimmt, daß deutsche Männer aus Rumänien vom rumänischen Wehrdienst befreit seien, wenn sie sich zur Waffen-SS meldeten; bis dahin wurden diese als Deserteure betrachtet und konnten keinen Urlaub in der Heimat machen. Ende 1943 stellten die Volksdeutschen aus Rumänien mit 54 000 Mann das stärkste Kontingent der Waffen-SS; aus Ungarn, einschließlich Nordsiebenbürgen kamen etwa 20 000 Mann.

Mit dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in die Sowjetunion marschierten auch die verbündeten osteuropäischen Satelliten, allen voran Rumänien und Ungarn mit. Zahlreiche Volksdeutsche, insbesondere aus Siebenbürgen und dem Banat dienten in den Armeen dieser Länder. Die Nordbukowina und Bessarabien gerieten erneut unter *rumänische* Verwaltung, damit begann auch die Verfolgung und Deportation der Juden in diesen Gebieten; ihnen wurde vorgeworfen mit den Sowjets paktiert zu haben.

In der Schlacht bei Stalingrad (November 1942 – Februar 1943) konnten die 3. und die 4. rumänische Armee, die die Nord- bzw. die Südflanke der vorrückenden Wehrmacht beim Vorstoß auf die Stadt sichern sollten, den sowjetischen Angriffen nicht lange standhalten: Die 6. deutsche Armee wurde im Kessel von Stalingrad geopfert. Weder die Wehrmacht noch die rumänische Armee erholten sich von dieser Niederlage wieder: Die beiden rumänischen Armeen hatten Verluste von 158 000 Mann.

Am 10. Januar 1943 traf sich der rumänische „conducător“ (Führer), Ion Antonescu, mit dem deutschen Führer in der „Wolfsschanze“: Der sich abzeichnende Verlust Stalingrads führte zu einer Vertrauenskrise zwischen den beiden. Diese konnte nur oberflächlich beigelegt werden: Die rumänische Armee sollte mit deutscher Hilfe neu aufgestellt und bis 1944 wieder voll einsatzfähig sein (Bolz, S. 166).

Anlässlich seines Besuchs bei Hitler (7. – 10. April 1943) auf Schloß Kleßheim bei Salzburg drängte der italienische Diktator, Benito Mussolini, dessen Truppen auch empfindliche Verluste an der Ostfront und den anderen Kriegsschauplätzen hinnehmen mußten, ersteren zu einem Kompromißfrieden im Osten, um Kräfte für den Westen freizubekommen. Hitler lehnte ab, so wie er auch Stalins Friedensfühler nach Stalingrad in den Wind schlug. Ebenfalls in Kleßheim drängte Antonescu ihn am 12./13. April 1943, Kontakte zu den Westalliierten aufzunehmen (Bolz, S. 173).

Literatur

Rüdiger Bolz (Zus.): Synchronopse des Zweiten Weltkrieges. Vergleichende Zeittafeln der Parallelereignisse [. . .], Düsseldorf 1983;

Michael Freund: Deutsche Geschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, fortgef. von Thilo Vogelsang, München 1979.

Temeswar in der Revolution 1989: Vorgeschichte

Teil 2

Im Oktober 1989 entschied sich die DDR, nachdem in Moskau seit vier Jahren viel über *Glasnost* (Transparenz, Offenheit) und *Perestroika* (Umbau, Umgestaltung) gesprochen wurde, nicht ohne sanften Druck der Sowjets für eine reformkommunistische Richtung: Egon Krenz wurde Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK). Am 9. November fiel die Berliner Mauer: Die „Wende“ im zweiten deutschen Staat erreichte ihr Ziel *ohne* Blutvergießen.

Für Anfang Dezember 1989 hatten die beiden Supermächte, die UdSSR und die USA, in Malta ein Gipfeltreffen vereinbart. Auf dem Weg dahin verkündete Michail Gorbatschow, der sowjetische Generalsekretär, in Italien bezüglich der Entwicklungen in Europa seine Initiative:

„Er erneuerte seine Hoffnung auf ein gemeinsames Haus Europa aus souveränen und wirtschaftlich unabhängigen Staaten und schlug vor, im kommenden Jahr ein Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der fünfunddreißig Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte einzuberufen [. . .] auch über Deutschlands Zukunft [könne hierbei] gesprochen werden. Ein gesamteuropäischer Prozeß sei wichtig [. . .] Dabei müsse jedoch die Existenz zweier deutscher Staaten akzeptiert werden“ (Zelikow/Rice, S. 183).

Seinerzeit war die Weltöffentlichkeit auf die beiden deutschen Staaten fokussiert, aber es ging den beiden Staatsmännern auf Malta auch um eine weltweite Entspannung.

Im kommunistischen Rumänien herrschte noch der „Conducator“ (dt. Anführer, Führer), Nicolae Ceauşescu, nach innen mit stalinistischer Gewaltherrschaft, während er nach außen, auch aus ökonomischen Erwägungen heraus, versuchte, sich als unabhängiger Staatsmann und Widersacher des Kremls zu verkaufen. Mit der sich Anfang der 1980er verschlechternden wirtschaftlichen Lage zog auch diese Karte nicht mehr.

Der Temeswarer Zeitzeuge Hans Bohn (S. 182) beginnt seine Chronologie der Temeswarer Ereignisse im Dezember 1989:

„Seit einem Jahrzehnt wartete ein ganzes Volk vergeblich auf das Abtreten des Diktators Nicolae Ceauşescu. Nichts geschah. Die Not war zur Verzweiflung gereift, niemand hielt mehr ein Blatt vor den Mund. In Temeswar, der Stadt die dem Diktator wegen der prowestlichen Einstellung ihrer multinationalen Bevölkerung quer im Magen lag, zumal sie seine überdies selten gewordenen Arbeitsbesuche mit stummen Protesten am Straßenrand quittierte . . .

Die rumänische Öffentlichkeit war schon traditionell für politische „Witze“ sehr anfällig (manche dieser scherzhaften Sprüche wurden – der Stasi ähnlich – von der rumänischen Geheimpolizei Securitate (verniedlicht: Secu) auch ganz bewußt kolportiert; wieder Bohn (S. 182):

*„Dem Zeitungsverkäufer fällt ein Mann auf, der die Stirnseiten der ausgestellten Tageszeitungen mustert, um darauf achselzuckend wegzugehen. Schließlich spricht er ihn an.
,Warten sie vielleicht auf eine bestimmte Nachricht?‘
,Ja, ich warte auf eine Todesanzeige.‘
,Mein Gott, Todesanzeigen steh’n doch nicht auf der ersten Seite!‘
,Sie können sich darauf verlassen: die Todesanzeige, auf die ich warte, wird gewiß auf der ersten Seite steh’n!“*

Hinter vorgehaltener Hand sprach man auch von vermeintlichen

„Verschwörungen zum Sturz des Diktators, dabei wurden Namen genannt: Militaru, Măgureanu, Iliescu . . . Selbst der alte Brucan sollte die Hand mit im Spiel haben! Und die Russen . . . auch sie wollten den unberechenbaren und eigenwilligen Ceauşescu endlich los werden. Allem Anschein nach aber taten auch die Russen nichts, denn . . . die Lieferungen aus Rumänien kamen in vollem Umfang“ (Bohn, S. 182).

Die von Bohn Genannten sollten dann auch in der postkommunistischen Ära wirklich Karriere machen. Jetzt nach 35 Jahren seit dem Ausbruch der Revolution wird noch immer viel über die Fädenzieher und ihre Rolle beim Sturz des Diktators spekuliert. Fakt ist, daß die vier Genannten langjährige Kontakte nach Moskau hatten, die allerdings der Securitate nicht verborgen

Fortsetzung auf S. 12

Fortsetzung von S. 11

blieben: Heute noch geht es um eine Liste der sowjetischen Agenten, die dem Diktator vorlag und die heute verschwunden ist; vielleicht sollte man in London oder Washington einmal nachfragen . . .

Bohn (S. 182f.) weiter:

„Nichts geschah, nichts veränderte sich, alles blieb beim alten. Die Ursachen bohrten wie der Holzwurm im kranken Baum, alles wartete auf den anläßlichen Sturm, der den Umbruch gewährleisten sollte.“

Dann aber passierte doch etwas, und zwar nicht wie erwartet eine Palastrevolution; der Anlaß

„wurde von einem Mann geboten, den selbst in Temeswar niemand so richtig kannte: dem reformierten Pastor Laszlo Tökes. Der Funke entsprang der glimmenden Glut aus dem gesellschaftlichen Unterbewußtsein dieser multinationalen Stadt – den jahrhundertealten, historischen Ungereimtheiten zwischen Ungarn und Rumänen. Tökes sollte nationalistische Gegenspieler von seiner Kirchenkanzlei aus betreiben haben und das konnte der berühmten Securitate, dem Lieblingskind des Diktators, freilich nicht verborgen bleiben“ (Bohn, S. 183).

Die Schergen schlugen zu: Im September wurde der engste Mitarbeiter Tökes', Ernő Ujvarossy, ermordet. Im Oktober wurde Tökes von seinem Bischof in das nordsiebenbürgische Mineu versetzt:

„Die Art und Weise dieser Versetzung war äußerst ungewöhnlich. Eigentümlicherweise erfuhr man in Temeswar immer davon, sobald jemand verhaftet worden war – daß jemand verhaftet werden sollte! Im Falle Tökes wurde alles der breiten Öffentlichkeit bekannt: am 16./17. Dezember sollte die Versetzung – der sich der Pastor und seine Gemeinde widersetzen – gewaltsam durchgeführt werden! Sollte diese Bekanntmachung dem Zufall überlassen geblieben sein?“ (Bohn, S. 183).

Es war sicherlich kein Zufall, daß die ungarischen und westlichen Medien von der Sache erfuhren. Heute wissen wir mehr: Árpád Szöczi, ein Kanadier, dessen Vater Ungar ist, hat hier nachgeforscht und einiges in seinem Buch *Timișoara – Adevărata poveste despre revoluția română* (Temeswar – die wahre Geschichte hinter der rumänischen Revolution) veröffentlicht.

Laut Szöczi haben zwei kanadische Journalisten Pastor Tökes interviewt und die Aufnahmen in den Westen geschmuggelt; das ungarische Fernsehen (im Banat und Siebenbürgen empfangbar) strahlte es im Sommer 1989 aus: Ceaușescu schäumte und witterte eine ungarische Verschwörung. Der Journalist führte auch mit dem ehemaligen ungarischen Ministerpräsidenten, Miklós Németh, ein Interview; hierzu lesen wir anläßlich der Buchvorstellung in der *Banater Post* vom 5. Juli 2015 (S. 6):

„Németh bestätigte gegenüber Szöczi seine Vereinbarungen mit der polnischen und sowjetischen Führung, in Person von Michail Gorbatschow, Möglichkeiten zu erarbeiten, um Ceaușescu zu entmachten. Des Weiteren seien 1989 mehrere ungarische Geheimagenten in Rumänien abgestellt worden, um die allgemeine Lage zu beobachten und, wenn nötig, zu beeinflussen, aber auch um Tökes und die von ihm angestoßene Bewegung zu schützen und zu fördern.“

Die „Einflußnahme der ungarischen Regierung“ konzentrierte sich entsprechend auf Pastor Tökes: Laut Szöczi sollen Németh und seine Vertrauten auch Kontakt zum rumänischen General Victor Stănculescu gehabt haben: Dessen Rolle im Staatsstreich ist nach wie vor etwas undurchsichtig (ebd.).

Wie bereits erwähnt, herrscht über wenige Ereignisse der letzten 50 Jahre so wenig Klarheit wie über die auch als *gestohlene, verratene oder unvollendete* bezeichnete rumänische Revolution. Auf den weiteren Fortgang der Ereignisse in Temeswar und den Einfluß der Supermächte und der Nachbarländer wird im nächsten Kurier berichtet.

Literatur

Hans Bohn: *Die Lazarusnacht von Temeswar. Chronik des Volksaustandes vom Dezember 1989* in von ihm 1993 erschienenem Buch *Verlorene Heimat* (Temeswarer Helicon-Verlag);

Philip Zelikow/Condoleezza Rice: *Sternstunden der Diplomatie. Die deutsche Einheit und das Ende der Spaltung Europas*, 2. Aufl. 2001.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Bukowina Schwerpunktjahr 2025 „Der Südostdeutsche“, das letzte gemeinsame Band der Buchenlanddeutschen, startet in sein 76. Erscheinungsjahr/250 Jahre Bukowina

Langsam aber unaufhaltsam verabschiedet sich die Zeitzeugengeneration, die noch in der „alten Heimat“ Bukowina geboren wurde, siehe beispielsweise die lange Liste der Sterbefälle auf Seite 8 dieser Ausgabe. Besonders für diese Generation Buchenlanddeutsche war und ist diese Zeitung eine Stimme und ein letztes Band der Zusammen- und Zugehörigkeit. Denn gerade aus dieser Generation – und dazu zählt ein großer Teil der Bezieher dieses vormaligen Vereinsblattes – wurden viele schon vor Jahren von der modernen, breiten medialen Welt abgehängt, alle, die keinen PC und keinen Internetanschluß hatten, dann folgte die Gruppe, die kein Handy hatte, die mit Facebook und Instagram nicht mehr zurechtkam oder nichts mehr zu tun haben wollte. Besonders für sie sollten wir die Zeitung so lange als möglich erhalten, schrieben uns im Vorjahr langjährige Leser, aber auch der Vorsitzende des Ulmer Bezirksverbandes der Landsmannschaft Helmut Jaschusch.

Hinzu kommt das für diese Zeitung als Auftrag und Aufgabe schon immer beachtete Hauptanliegen: einen Beitrag zu leisten, um die Geschichte der Buchenlanddeutschen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, zumal sie eine der kleineren ethnischen Gruppen in der Bukowina waren und auch eine der kleinsten Zuwanderungsgruppen in Deutschland im Gefolge des Zweiten Weltkrieges.

Mit diesem Periodikum, das nun in das 76. Jahr seines Erscheinens geführt wird, wollen und sollen die Bukowiner weiterhin eine Stimme in der Öffentlichkeit haben und die Verbindungen aufrechterhalten zu den Buchenländern in der alten Heimat, in Österreich, in der Schweiz und nicht zuletzt in Übersee. Es sollten weiterhin Aspekte behandelt werden, die nicht oder kaum in den Interessenbereich der Forschungen Eingang finden.

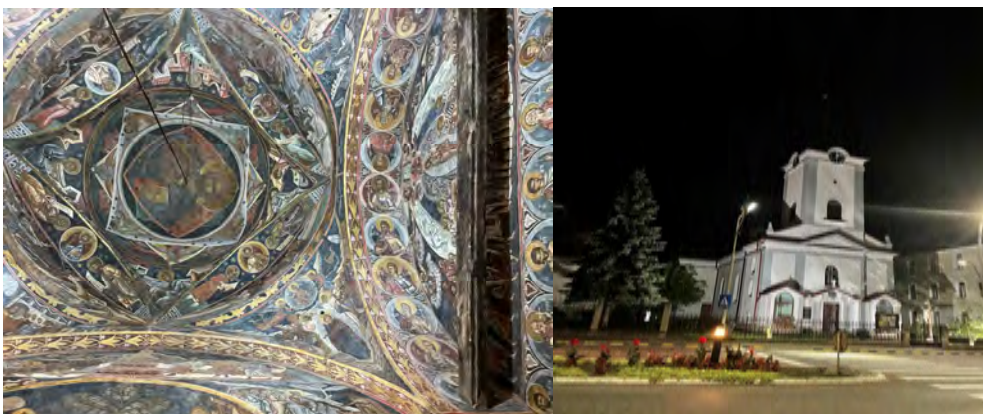
Treue Leserschaft

Die finanzielle Stütze für den Fortbestand der Zeitung war die treue Leserschaft, die nicht nur gewissenhafte Gebührenzahler, sondern auch Spender waren. Hinzu kommt seit Jahren die Förderung und Unterstützung durch den Patenbezirk Schwaben, dem langsam sein Patenkind „stirbt“ nach der Selbstauflösung des Bundesdachverbandes und der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen. In Bayern beispielsweise bestehen nur noch die landsmannschaftlichen Ortsvereine Hallstadt und Augsburg.

Im Unterschied zu anderen Landsmannschaften ging ein Jubiläum, das in diesem Herbst hätte gefeiert werden sollen – 75 Jahre seit der Gründung der Landsmannschaft der Umsiedler aus der Bukowina in München und ebenfalls 75 Jahre seit der Gründung der eigenen Zeitung, die später über längere Zeit sogar Organ für mehrere deutsche Siedlergruppen aus Südosteuropa war (Banat, Donauschwaben, Siebenbürgen, Ungarn) spurlos vorbei. Die Sprecher der Gemeinschaft sind verstummt. Daher gilt Dank zu sagen der Leiterin des Bukowina-Instituts, Prof. Dr. Jana Osterkamp.

Zu den Höhepunkten der Bundestreffen der Landsmannschaft der Buchenlanddeutschen zählten im 20. Jahrhundert die Teilnahme bedeutender Persönlichkeiten als Festredner, wie der langjährige „Pate“ Bezirkstagspräsident von Schwaben Dr. Georg Simnacher, oder von Kaiser-Sohn Otto von Habsburg (gest. 2011), hier im Bild (Mitte) mit seiner Gattin beim 48. Pfingsttreffen der Buchenländer in Günzburg. Mit im Bild links der letzte Bundesvorsitzende der Landsmannschaft, RA Ewald Zachmann, und rechts der damalige Bundessozialreferent Erwin Misakewicz. Foto: L. Geier

Bilder: Orthodoxes Kloster Humora und Kloster Hu und Katholische Kirche in Humora ((August 2024)



Buchempfehlung

Simone Baum

Die Potsdam-Legende

Einmal Hölle und zurück

**Wie Correctiv eine Nation an der Nase herumgeführt hat.
Mit einem Vorwort von Kay-Achim Schönbach, Vizeadmiral
a. D.**

Hardcover, Bindung mit Fadenheftung, in Folie eingeschweißt

13,5 x 21,5 cm, 128 Seiten.

ISBN: 978-3-9819738-8-4

19,80 EUR

Die Autorin beschreibt die „Methode Correctiv“: Andeutungen, Vermutungen und Unterstellungen wurden geschickt mit bekannten Fakten vermengt und medial verbreitet. Ein fiktives Theaterstück, mit Hilfe staatlicher Finanzierung demokratische Willensbildung durch zentrale Meinungsbildung von oben zu steuern. Hierbei interessiert nicht das persönliche Leid einzelner Schicksale und der Schaden, der durch verleumderische Tatsachenverdrehungen angerichtet wurde.

Simone Baum schildert in frischer und wahrheitsgemäßer Form minutiös die Abläufe der gegen sie gerichteten Diffamierungen, die bis zur Kündigung ihres Arbeitsplatzes bei der Stadt Köln führte und in einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht mündete, wo die Stadtverwaltung zur Wiedereinstellung verurteilt wurde.

Internet: www.book-today.de

Email: info@book-today.de

Simone Baum Das Potsdam-Treffen und Correctiv

Deutschlands größter Medienkandal
Mit einem Vorwort von Admiral a.D. K. Schönbach

Book-Today

Bücher, die niemand braucht . . .

Sie ist wieder da. Angela Merkels Memoiren mit dem Titel „Freiheit“ sind letzte Woche in dreißig Ländern gleichzeitig erschienen. Ein Konvolut von 736 Seiten, Preis 42 Euro, also kein Schnäppchen. [Dr. Alexander Meschnig](#) kommentiert beim Kontrafunk.

PP-Redaktion, 3. Dezember 2024

Merkel hat, so wird kolportiert, dafür einen Vorschuß in zweistelliger Millionenhöhe bekommen. Das ist ein großer Vertrauensbeweis in eine Ex-Politikerin, die für die schlimmsten Fehlentscheidungen der letzten Jahre steht: Euro-Rettung, Atomausstieg, Rußland-Politik, Grenzöffnung und Massenmigration, Corona-Lockdowns mit gravierenden Einschnitten in die Grundrechte der Bürger. Selbstkritik und das Eingeständnis eigener Fehler, so viel sei verraten, kommen im Buch nicht vor.

Die Alternativlose

Alle Entscheidungen der Ära Merkel erscheinen auch im Rückblick als alternativlos. Neben der verhängnisvollen Rußland-Politik ist es insbesondere die fehlende Einsicht in die Folgen ihrer Migrationspolitik, die einen schalen Geschmack beim Leser hinterläßt. Daß Merkel Ende 2024, nach der Kölner Silvesternacht, dem Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt, den zahlreichen Morden und Gewalttaten sogenannter Flüchtlinge, immer noch an ihrem grenzenlosen Aufnahmekurs festhält – ohne irgendeine Reflexion der gesellschaftlichen Folgen – ist bezeichnend.

Einige Tage vor dem Erscheinen ihrer Memoiren gab Merkel dem „Spiegel“ ein Interview, in dem es auch um ihre Einwanderungspolitik ging. Dabei sparte sie nicht mit Kritik an ihrer eigenen Partei, die, wohl auf Druck der Wahlergebnisse der AfD, nun Zurückweisungen von Migranten an den deutschen Grenzen fordert. Die Probleme der Masseneinwanderung werden von Merkel in eine „Bringschuld“ der Aufnahmegesellschaft verwandelt, die sich mit dem Vorwurf der Ausgrenzung konfrontiert sieht. Denn, O-Ton des Interviews: „Ohne die Offenheit und Veränderungsbereitschaft der aufnehmenden Gesellschaft kann es keine Integration geben. Voraussetzung ist ein Mindestmaß an Wissen über andere Kulturen, ich muß mich schon dafür interessieren.“

Lesen Sie weiter unter: <https://bap.navigator.gmx.net/mail?>

[sid=aba23816d55487adc62e418fc16f34b9bc602982cdda39a9abc2a8cb5ff2280b4deb305fdf598c419272d5c6333d9279](https://bap.navigator.gmx.net/mail?sid=aba23816d55487adc62e418fc16f34b9bc602982cdda39a9abc2a8cb5ff2280b4deb305fdf598c419272d5c6333d9279)

Deutsche Weihnacht bei den Wolgakolonisten

Der Jugend erzählt

von [Peter Sinner](#), Leningrad

Glücklich der Mensch, der eine frohe Kindheit im eigenen trauten Heim auf dem Lande verbringen durfte. Er bleibt sein ganzes Leben hindurch reich. Wenn der Ernst des Lebens in reiferen Jahren an ihn herantritt und die Lasten und Widerwärtigkeiten des Alltags allzuschwer auf seine Schultern drücken, kann er in sich hineinschauen und glückliche Kindheits- und Jugenderinnerungen in seinem Innern aufleben lassen; sie geben ihm dann Stärkung und Halt. Auch mir war es beschieden, meine Kindheit und Jugend auf dem Lande, in einem deutschen Wolgadorfe, zu erleben. Und ich will euch, meine jungen Freunde, ein paar Schätze aus meinem Kästlein herausholen. Es sind schlichte Bilder aus den „hohen Festzeiten“ meiner Jugend. Das schönste aller Erlebnisse meiner Kindheit war Weihnachten. Dieses gruselig-glückseligkeitsvolle Fest leuchtet am allertiefsten in meine Kindheits Erinnerungen hinein.

Christabend. Lichterloh brennende Myriaden von Sternen. Die ganze Welt verschneit. Große glitzernde, flimmernde Schneeflocken sinken langsam zur Erde nieder. Helle Klänge der Christmettglocken . . . Draußen auf den Gassen beginnt ein lustiges, heiteres Treiben: Meine Mutter und ich sind alleine zu Hause, die andern sind noch nicht aus der Kirche heimgekehrt. Wir stehen am Fenster und schauen dem Treiben zu.

Da kommt eine Gruppe von ledigen Mädchen die Straße daher, auf unser Haus zu. In ihrer Mitte eine weiße Gestalt. Das "Christkind". Höchste Erregung. äußerste Spannung. Das Herz schlägt mir so ungestüm, als wolle es zum Halse herauspringen. Jetzt, jetzt . . . Klopp! klopp! - schallt es an die Haustür: „Darf's Christkind hinein?“

„Eino, kommt rein!“ ruft die Mutter. Da steht sie vor mir, die unheimliche und doch liebeliche Gestalt. Meine Knie schlittern, ich muß mich an der Mutter festhalten, um nicht zu fallen. Um nichts auf der Welt brächte ich einen Laut aus der Kehle. „Ist er unartig?“ fragt eine helle Mädchenstimme unter der weißen Hülle hervor.

„No, 's geht mit ihm“, meldet sich meine Mutter.

„Lernt er fleißig?“

„Das schon!“, erwidert die Mutter nicht ohne Stolz.

„Da muß ich meine Birkenrute wegstecken. Die ist nur für Unartige und Faule. Das da ist für Artige.“

Das Christkind legt mir ein großes rotbuntes Taschentuch mit Süßigkeiten auf die Hände und eilt weiter in die Nachbarhäuser. Ich bin so sehr erregt, daß es die Mutter viel Mühe kostet, mich abzulenken und zu zerstreuen . . .

[Deutsche Post aus dem Osten, 1928, Nr. 12, S. 253-255.](#)

Weiter lesen unter: <https://wolgadeutsche.net/library/item/394>

Die schönste der pommerschen Christnachtsagen berichtet von der Goldmöwe. Und dieses schöne kleine Märchen soll zum Abschluß hier in ein paar Versen erzählt werden:

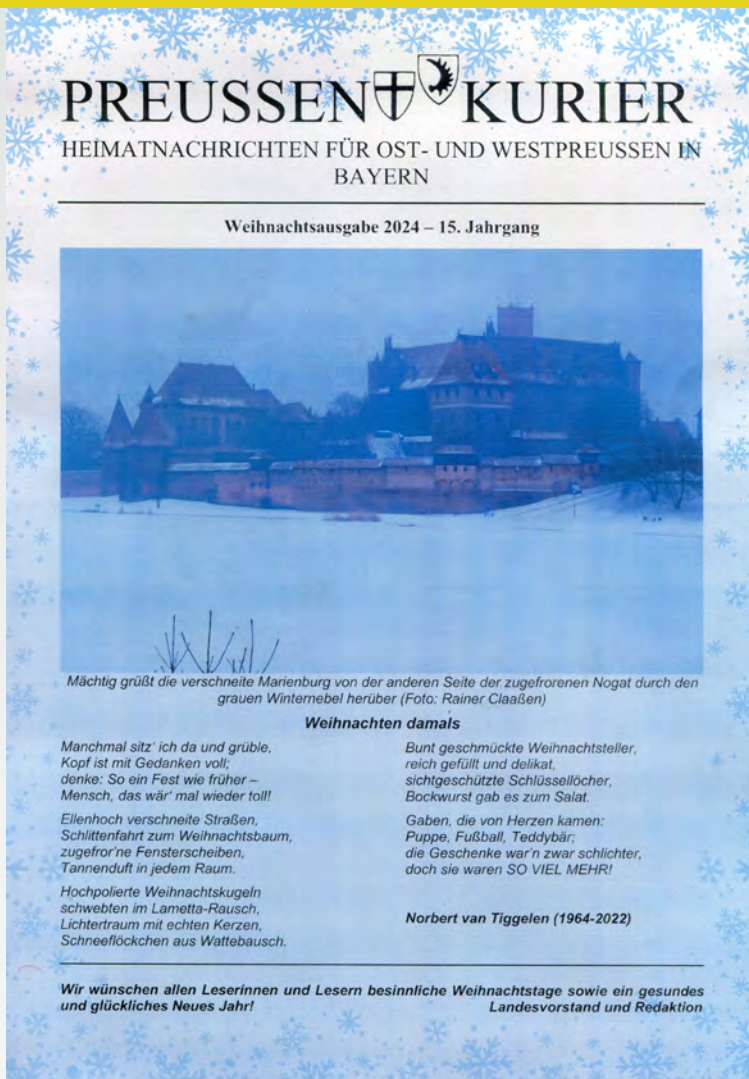
Die goldene Möwe

Bewegt ein großer Wunsch Dein Herz,
dann fahre in das Pommerland
und gehe in der Weihnachtszeit
ganz stumm und heimlich an den Strand.
Dein Wunsch geht in Erfüllung bald,
wenn sich ein Licht im Osten zeigt,
und eine Möwe ganz aus Gold
hinauf zum Sternenhimmel steigt.
Und leuchtet sie auch sonnenhell,
halt aus, mach' nicht die Augen zu,
sonst geht es Dir mit Deinem Wunsch
wie einst dem Fischer syner Fru.



Möwe an der Ostseeküste

Quelle: Piotrus (<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>), via Wikimedia Commons



HOH(L)SPIEGEL:

Die Heil'gen Drei König' mit
ihrem Stern, Sie essen, sie trin-
ken, und bezahlen nicht gern.

Johann Wolfgang von Goethe
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken
stammen—wenn nicht extra ge-
kennzeichnet - aus Privatsammlun-
gen oder von offiziellen AfD-Seiten.
Red./HK

Impressum

SPRECHER Herbert Karl:
0175 9036144
Martina Kempf

STELLV. SPRECHER:
Vadim Derksen
Albert Breining

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Carl
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de